



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Benjamin Nolte, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

Schutz bayerischer Infrastruktur vor linksextremistischen Angriffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerische Infrastruktur vor linksextremistischen Anschlägen besser zu schützen.

Begründung:

Am 05.03.2024 hat die linksextremistische „Vulkangruppe“ einen Strommast in Brand gesetzt, der für die Strom-Versorgung der Tesla-Gigafactory in Grünheide zuständig ist. Die Produktion der Tesla-Gigafactory kam dadurch zum Erliegen. Die linksextreme „Vulkangruppe“ hatte erklärt, sie sei für den Anschlag verantwortlich. Ihr Bekennerschreiben wurde von Sicherheitsbehörden als authentisch eingeschätzt.

Auch in Bayern nimmt die Gefahr linksextremistischer Anschläge gegen bayerische Infrastruktur zu: E-Autos der Stadtwerke München gehen in Flammen auf. Etliche Anlagen der Bahn, Glasfaserkabel sowie Kabelschächte fallen regelmäßig linksextremistischem Terror zum Opfer. Anfang Oktober zündeten Linksextreme auf einer Geothermie-Baustelle in Polling Baufahrzeuge an. Mitte Oktober brannte eine Geothermie-Leitung in Grünwald. Ende Oktober stand ein Bauzug in Unterföhring in Flammen. Selbst Forstmaschinen sind vor linken Brandanschlägen nicht sicher. Vielen ist der Brandanschlag linksextremer Täter auf ein Kabel in einer Baugrube im Münchner Osten 2021 noch in Erinnerung, bei dem 20 000 Haushalte plötzlich ohne Strom waren.

Unsere Staatsmedien rufen wöchentlich zu Demos gegen rechts auf, während die linksextreme Szene wächst und sich unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung radikalisiert: 162 linksextremistische Straftaten, davon 20 Gewaltdelikte, werden für das erste Halbjahr 2023 registriert. Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser (SPD) stellt fest: „Linksradikalismus [wird] härter, gewaltbereiter und [schreckt] vor solchen Aktionen nicht zurück“.

Auch Bayerns Staatsminister des Inneren, für Sport und Integration Joachim Herrmann bestätigte: „Wir haben insgesamt schon über 400 linksextremistische Personen in Bayern, die wir als gewaltbereit einschätzen, also schon auch ein erhebliches Potenzial, und wir merken, dass in den letzten zwei, drei Jahren linksextremistische Aktionen wieder zugenommen haben.“

Die Gewerkschaft der Polizei fordert von den Bundesländern, ein Konzept gegen Gewalt von links zu erarbeiten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei warnt: „Wenn wir diese Radikalisierungsspirale nicht aufbrechen, drohen bald ganz andere Anschläge.“